

II-9651 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4736/1

1993 -04- 30

ANFRAGE

des Abgeordneten Renoldner, Freunde und Freundinnen

an den Bundeskanzler

betreffend Konsequenzen aus einem Beschluß des Tiroler Landtages über Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der italienischen Regierung über den Stop des weiteren Ausbaues der Alemagna Autobahn

Der Tiroler Landtag hat am 19. November 1992 nachstehende EntschlieÙung mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen: "Das Bundesland Tirol spricht sich gegen den Weiterbau der Alemagna-Autobahn vom Cadore-Tal nach Toblach aus. Die Landesregierung wird beauftragt, diesen Beschluß der österreichischen Bundesregierung mit der Bitte zur Kenntnis zu bringen, daß die österreichische Bundesregierung mit der italienischen Regierung Verhandlungen über den Stop des weiteren Ausbaues der Alemagna Autobahn aufnimmt. Die Landesregierung wird beauftragt, bei der Provinz Belluno dahingehend zu intervenieren, daß die Alemagna-Autobahn nicht mehr weiter gebaut wird. Außerdem soll in dieser Angelegenheit mit der Südtiroler Landesregierung Kontakt aufgenommen werden, um gemeinsame Maßnahmen gegen den Weiterbau der Alemagna-Autobahn zu beraten und durchzuführen."

Am 25. 11. 1992 hat der Tiroler Landeshauptmann diesen Beschluß der österreichischen Bundesregierung brieflich mitgeteilt. Erst nach sieben Wochen, am 12. 1. 1993 erhielt Landeshauptmann Dr. Partl eine Information auf den Landtagsbeschluß und seine Aufforderung an die Bundesregierung. Die Reaktion bestand in einem von Ministerialrat Dr. Wiesmüller gezeichneten, ganze neun Zeilen langen Brief mit folgendem Inhalt: "Das Bundeskanzleramt, Abteilung Ministerratsdienst, bestätigt das Einlangen Ihres Schreibens vom 25. November 1992 betreffend EntschlieÙung des Tiroler Landtages vom 11. November 1992 zur Alemagna-Autobahn. Der Herr Bundeskanzler hat die Mitglieder der Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates am 12. Jänner 1993 von dieser Eingabe in Kenntnis gesetzt. Je eine Ablichtung der Eingabe wird den zuständigen Zentralstellen des Bundes zur Kenntnisnahme übermittelt."

Mit Ausnahme dieser peinlichen, sieben Wochen dauernden Minimalreaktion, die lediglich den Erhalt des Schreibens bestätigt, wurde in vier Monaten keine weitere Handlung der Bundesregierung dem Tiroler Landtag zur Kenntnis gebracht.

Am 15.3. 1993 teilte der Bundeskanzler dem Tiroler Landeshauptmann brieflich mit: "Der Begriff 'Alemagna Autobahn' tauchte bereits vor vielen Jahren auf; es sollte dies eine schnellstraßenähnliche Verbindung durch das Zillertal Richtung Süden werden. Diese Planung wurde in Österreich nie ernsthaft diskutiert; eine hochrangige Straße durch das Zillertal war und ist laut Bundesstraßengesetz auch nicht vorgesehen. Die Notwendigkeit von Verhandlungen mit der italienischen Regierung ist daher nicht gegeben. Zum Projekt 'Monte Cavallino' wurden weder offizielle Planungsunterlagen von italienischer Seite vorgelegt, noch wurden bisher bilaterale Gespräche darüber geführt. Seitens der Bundesregierung besteht keine Absicht, weitere Transitrouten durch Tirol zu planen bzw. zu realisieren."

Diese briefliche Notiz ist leider in mehreren Punkten nicht auf dem neuesten Stand der Tatsachenkenntnis:

1. Die Alemagna Autobahn wurde in den 70er Jahren auch in Österreich intensiv diskutiert.
2. Sie wird von mehreren Betreibergesellschaften in Süddeutschland und Norditalien weiter verfolgt, teilweise sogar mit österreichischem Kapital. Viele Kilometer sind in Italien bereits errichtet, die Absicht einer Verlängerung durch Österreich ist offensichtlich und wird auch gar nicht bestritten.
3. Die italienische Nationale Autostraßen Gesellschaft (ANAS) hat bereits im März 1992 ein Etappenprogramm beschlossen, das bis 31.12.1999 bis zum Tunneldurchstich vom Taufertal ins Zillertal abgeschlossen sein soll.
4. Die BATIA-Betreibergesellschaft, teilweise in Besitz des Freistaates Bayern, hält ebenfalls an der geplanten durchgehenden Verwirklichung fest.
5. Die Formulierung des Bundeskanzlers "durch das Zillertal Richtung Süden" entstammt offenbar deutschen Quellen und berücksichtigt nicht die sichtbaren Baumaßnahmen von Belluno bis Pian di Vedoia. Übrigens würde in Wirklichkeit eine solche Straße nicht nur nach Süden, sondern auch nach Norden führen.
6. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat sehr wohl zugestanden, daß Gespräche mit italienischen Stellen notwendig sind (wenn auch bisher ohne konkrete Konsequenzen).

Die unterfertigten Abgeordneten begehren daher Auskunft über den Stand der vom Tiroler Landtag verlangten Verhandlungen mit der italienischen Regierung und richten daher an den Bundeskanzler folgende

ANFRAGE:

1. Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, aus dem zitierten Beschluß des Tiroler Landtages gezogen?
2. Welche konkreten Verhandlungsschritte mit der italienischen Regierung wurden bereits eingeleitet?
3. Welche weiteren Schritte werden in diesen Verhandlungen von der Bundesregierung und vom Bundeskanzler gesetzt werden?

4. Sind dem Bundeskanzler der Verwirklichungsstand und die Planungsabsichten der Alemagna Autobahn vertraut?
5. Hält er es für ausreichend, daß in österreichischen Politikeraussagen behauptet wird, daß Österreich dieses Bauprojekt ablehnt?
6. Hält er es darüber hinausgehend für notwendig, auch von der italienischen Regierung entsprechende Konsequenzen zu verlangen?
7. Mit welchen unmittelbaren Forderungen gegenüber der italienischen Republik ist der Bundeskanzler in den Gesprächen mit Staatspräsident Scalfaro bei dessen Staatsbesuch in Österreich aufgetreten?
8. Mit welchen konkreten Forderungen ist der Bundeskanzler bei anderen Gelegenheiten an die italienische Regierung herangetreten?
9. In welcher Form und mit welchen konkreten Forderungen wurde das Problem der Alemanga Autobahn in den Verhandlungen über einen Beitritt der Republik Österreich zu den Europäischen Gemeinschaften vorgetragen?
10. Ist dem Bundeskanzler das Ausbau- und Etappenprogramm der nationalen italienischen Autostraßen-Errichtungsgesellschaft ANAS über die Verwirklichung der Alemanga-Autobahn zum Tunneldurchstich vom Südtiroler Taufertal in das Nordtiroler Zillertal bis einschließlich 1999 bekannt?
11. Vertritt der Bundeskanzler die Ansicht, daß es zweckmäßig ist, den Heranbau einer riesigen Nord-Süd-Straßentransversale bis an die österreichischen Grenzen abzuwarten bis die österreichische Bundesregierung Maßnahmen gegen eine Verlängerung dieses Projektes durch das österreichische Bundesgebiet ergreift?
12. Bis wann ist nach Ihrer Einschätzung mit einem Erwachen der Bundesregierung aus dem seit Ende November andauernden Winterschlaf in der Alemagna-Frage zu rechnen?
13. Bis wann und wie wird die Bundesregierung dem Beschluß des Tiroler Landtages, der sie zum Handeln auffordert, Rechnung tragen?
14. Wird sie im Fall von Unwilligkeit oder Unfähigkeit zum Handeln dem Tiroler Landtag dies mitteilen?
15. Hält der Bundeskanzler in einer Zeit separatistischer Bewegungen die bisherige Behandlung des zitierten Tiroler Landtagsbeschlusses durch die Wiener Behörden der Bundesregierung in einer für Tirol bedrohlichen Verkehrsfrage für politisch weitsichtig?
16. Wie wird der Bundeskanzler versuchen, das Vertrauen der Tiroler Bevölkerung in die Verwaltungsstellen des Bundes in Wien wieder zu verbessern?